

MARGETSHÖCHHEIMER MITTE

die Liste für Umwelt und Natur e.V. · MM

Mainstraße 13 · 97276 Margetshöchheim · Tel. 0931/462307 u. 461071

www.margetshoechheimer-mitte.de e-mail: mm@margetshoechheimer-mitte.de

MM · Mainstraße 13 · 97276 Margetshöchheim



Datum 5.12.2013

Presseerklärung

MM widersetzt sich den Auflagen des Trinkwasserbescheids und ruft die Bevölkerung auf, Landrat Nuss bei der Kommunalwahl einen Denkkzettel zu verpassen

- Das Margetshöchheimer Trinkwasser ist in jeder Hinsicht einwandfrei: chemisch, hygienisch und mengenmäßig. Mit Ausnahme des bereits vor einigen Jahren beseitigten Nitratproblems gilt dies seit über 50 Jahren.
- Margetshöchheim hat durch seine konsequenten Grundwasserschutzmaßnahmen bundesweit Schlagzeilen gemacht. Etliche der mittlerweile zum Standard gehörenden Maßnahmen mussten gegen den Widerstand der Wasserwirtschaft erkämpft werden.
- 1992 wurde auf Drängen der Wasserwirtschaft ein 180.000 DM teures Fachgutachten erstellt und vom Wasserwirtschaftsamt als Grundlage für die Ausweisung des Wasserschutzgebietes verwendet.
- Seit 2008 drängte das Wasserwirtschaftsamt die Gemeinde zu einem erneuten Gutachten und unterstellte dem Gutachten von 1992 gravierende Mängel. Vor allem dem MM-Vertreter ist es gelungen nachzuweisen, dass sich das Wasserwirtschaftsamt bei der Beurteilung des Gutachtens von 1992 grobe Fehleinschätzungen geleistet hat.
- Da das Margetshöchheimer Wasser in jeder Hinsicht einwandfrei ist, gibt es keinen Grund für überzogene Begutachtungen. Das Wasser würde dadurch nicht besser, sondern nur teurer.
- Da der Gemeinderat keinen Grund für ein erneutes Gutachten sah, beschloss er Ende 2011 einstimmig, mit einer Landtagspetition dagegen vorzugehen.
- Durch die Landtagspetition wurde der Gemeinde vom zuständigen Landtagsausschuss die langfristige Erlaubnis zur Trinkwasserentnahme ohne vorherige Gutachten einstimmig zugestanden (Mai 2012).
- In seinem Bescheid vom 13.11.13 hat das Landratsamt Würzburg zwar eine Erlaubnis für 20 Jahre erteilt, aber praktisch alle Forderungen der Wasserwirtschaft als Auflagen aufgenommen. Die Auflagen, die ursprünglich vor der Trinkwassererlaubnis erfüllt werden sollten, müssen nun nach Erteilung der Erlaubnis erfüllt werden. **Unter dem Strich hat sich also außer der Reihenfolge nichts geändert. Das ist ein eindeutiger Verstoß gegen den Petitionsbeschluss des Landtags.** Es handelte sich dabei ganz offensichtlich um eine konzertierte Aktion des Umweltministeriums in München, der Regierung von Unterfranken, des Landesamts für Umweltschutz, des Wasserwirtschaftsamtes und des Landratsamts.
- Alle Versuche des Bürgermeisters, doch noch einen Kompromiss zu erreichen, wurden vom Landratsamt abgeblockt. Das Schreiben des Bürgermeisters vom 7.11.13 mit einem weitgehenden Kompromissvorschlag wurde bis heute nicht beantwortet. Ein weiterer, dem Wasserwirtschaftsamt noch mehr entgegenkommender Kompromiss, den der Bürgermeister am 11.11.13 Landrat Nuss unterbreitete und dem dieser mündlich zustimmte, wurde offensichtlich sang- und klanglos vom Tisch gewischt.

- Wir haben jegliches Vertrauen in den Landrat, seine Behörde und das Wasserwirtschaftsamt verloren. **Wir werden deshalb in unserem nächsten Ortsblatt die Bevölkerung aufrufen, bei der Kommunalwahl im März dem Landrat einen Denkkzettel zu verpassen.**
- Uns geht es bei unserem Widerstand nicht nur um die durch das Gutachten verursachte Kostenbelastung, die den Wasserpreis bei einem kleinen Versorger deutlich erhöhen kann. Wir sind davon überzeugt, dass durch ein neues Gutachten nicht mehr Sicherheit für die Wasserversorgung erreicht werden kann. Im klüftigen Muschelkalk muss bei der Ermittlung des Wassereinzugsgebietes immer mit einer gewissen Ungenauigkeit gerechnet werden. Außerdem kann ein neues Gutachten aus verschiedenen Gründen nicht mehr die Datenfülle von 1992 (über 2000 Einzelmessungen in gut zwei Jahren) erreichen. Letztendlich ist die Halbierung der Nitratwerte ein schlagender Beweis dafür, dass die Maßnahmen der Gemeinde zur Nitratsenkung im richtig ermittelten Einzugsgebiet erfolgten.
- Durch eine Änderung der Wasserschutzzone wäre nicht nur mit weiteren Kosten, sondern mit einem ganz erheblichen bürokratischen Aufwand und vor allem mit einer ganz erheblichen Unruhe in der Bevölkerung zu rechnen.
- Die MM wird sich deshalb weiterhin Auflagen und Maßnahmen widersetzen, die uns unbegründet erscheinen.

Peter Etthöfer

MM-Vorsitzender u. Fraktionsvorsitzender